

BÜRGERINNITATIVE PRO LACHEBAD

Anja Eckhardt, Klaus Spuck, Joachim Walczuch, Wolfgang Scherber



4. Februar 2015

Nur noch 975 Tage bis zur Eröffnung des neuen Hallenbades in Rüsselsheim

Presseerklärung

Die Zeit ist knapp. Seit der Unterschrift am 19.12.2014 läuft die Vereinbarung zwischen der Stadt und der BI Pro Lachebad mit zwei Zielen:

Einen ganzjährigen Schwimmbetrieb sicherzustellen und den Neubau des Hallenbades spätestens im Oktober 2017 zu eröffnen. Aus diesem Grund hatte die BI die Stadt um einen Gesprächstermin Anfang des Jahres gebeten. Der ist nun am 18.2.15 zustande gekommen. Bei einem Vorbereitungstreffen wurden Fragen für das Treffen zusammengestellt und an die Verantwortlichen der Stadt gesandt. Das Gespräch soll folgende Punkte beinhalten:

- Fortschritte bei der Genehmigung der Finanzierung bzw. des Haushaltes
- Stand der Vorbereitung der Planung des neuen Bades

Vertraglich vereinbarte Überprüfung von Kosten und Nutzen für die Verlängerung der Anmietung der Traglufthalle im Vergleich zur Notreparatur des bestehenden Hallenbades

Der Vergleich der Gesamt-Kosten der Traglufthalle für mindestens die nächsten zwei Jahre und der Kosten einer Notreparatur des bestehenden Hallenbades könnte nach Ansicht der BI dazu führen, dass zur Überbrückung der Zeit bis zur Eröffnung des neuen Hallenbades doch das bestehende Hallenbad genutzt werden sollte. Die BI hatte einen Kostenvoranschlag für die Reparatur der Klimatechnik eingeholt und ein Gespräch mit Brandschutzexperten geführt und ist dabei zu der Erkenntnis gekommen, dass diese beiden Varianten kaum eine Kostendifferenz haben. Dabei wäre der Qualitätsgewinn für den größten Teil der 11.000 Beteiligten am Bürgerbegehren von großer Bedeutung. Wenn auch die Sportler von der Traglufthalle begeistert sind, kommen sowohl ältere als auch junge Schwimmer nicht so gut damit zurecht. Die Wassertemperatur und die Umkleiden, sowie die Duschen sind eher etwas für hochmotivierte Schwimmer. Unter anderem aus diesem Grund wurde die gemeinsame Überprüfung und eine Entscheidungsvorlage für die Stadtverordnetenversammlung im März vereinbart.

„Der Zeitplan für die Planung, die Ausschreibung, die Vergabe und den Neubau ist sehr ambitioniert, aus diesem Grund sehen wir uns in der Verantwortung über die aktuellen Entwicklungen informiert zu werden, um unnötige Verzögerungen zu vermeiden.“ meint Joachim Walczuch für die Vertrauenspersonen des Bürgerbegehrens.